

Antworten der Parteien und Listen zur Kommunalwahl 2021 Zierenberg

Flächenverbrauch reduzieren - Klimaschutz

1. Wie sehen Sie den Flächenverbrauch bei der Ausweisung von neuen Bau- oder Gewerbegebieten - sind diese notwendig, gibt es andere Konzepte?

Antworten:

SPD	Wichtig ist für uns, dass beim Thema Stadtentwicklung die Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete elementare Grundsätze bezüglich des Flächenverbrauchs und der Energieeffizienz im Vordergrund stehen. Es muss allerdings weiter möglich sein, dass junge Familien in Zierenberg bauen können. Ausweisungen neuer Gewerbegebiete sollte zukünftig in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden geplant werden. Die hierdurch entstehenden Synergien vermindern Flächenverbrauch
CDU	Es ist natürlich anzustreben, den Flächenverbrauch auf ein Mindestmaß zu senken und alle Möglichkeiten auszuloten, innerstädtische und innerörtliche Flächen vorrangig zu nutzen. Allerdings ist das schwierig, da sich zahlreiche Flächen in Privatbesitz befinden, die nicht zum Verkauf stehen. Außerdem halten wir es nicht für richtig, auf Gedeih und Verderb alle Flächen innerhalb der Bebauungsgebiete zu bebauen. Auch hier benötigen Menschen und Tiere Rückzugsräume. Freiflächen tragen oft zur optischen Aufwertung der bewohnten Gebiete bei. Daher ist es letztendlich unvermeidbar, auch neue Flächen für Gewerbe und Wohnbebauung anzubieten, um Zierenberg und seine Stadtteile als attraktiven Wohn- und Gewerbestandort zu erhalten und auszubauen.
FDP	Der Flächenverbrauch ist einer von vielen Aspekten, der bei der Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete Berücksichtigung finden muss. Gleichzeitig sind die Schaffung von attraktivem Wohnraum und die Ausweisung von Gewerbeflächen

	eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik. Es sollte daher im Einzelfall abgewogen werden, ob sich Flächenverbrauch mit alternativen Konzepten vermeiden oder reduzieren lässt.
UFW	Der Bedarf an neuen Baugebieten ist groß und auch verständlich, vor allem bei den derzeitigen Zinsen, zumal vor allem in ländlichen Regionen die Belastungen für einen Neubau niedriger liegen, als die ortsübliche Miete. Grundsätzlich sollte die Ausweisung neuer Baugebiete aber mit mehr Auflagen erfolgen, als das in Zierenberg bisher der Fall war. Das betrifft auch die Anforderungen an Gewerbegebietsausweisung. Z.B. Dachflächen mit Voltaufrägen auszustatten, und diese nicht in die freie Landschaft zu stellen.
Bündis90/Grüne	Den Flächenverbrauch sehen wir mit Sorge entgegen, vor allem wenn andere Parteien für eine Ausweitung der Gewerbegebiete kämpfen. Dies würde ganz klar gegen eine nachhaltige Entwicklung sprechen. Die Innenbereichsentwicklung sollte vor der Inanspruchnahme neuer Freiflächen Vorrang haben. Zierenberg hat zwei Gewerbegebiete und großen Leerstand. Da macht es für uns keinen Sinn ein neues Gebiet zu erschließen. Das sind enorme Flächenversiegelungen und Bodenveränderungen, die nicht, bzw. nur mit riesigen Kosten wieder rückgängig gemacht werden können. Wir setzen uns für eine genaue Erfassung des Leerstandes ein und wollen dann Gewerbetreibende gezielt anwerben, diese Lücken zu füllen.
Ziele	Siehe 2.

2. Wie stehen Sie zum Prinzip der innerörtlichen Verdichtung „Innen- vor Außenausbau“ Erstellung eines Lückenkatasters?

Antworten:

SPD	Natürlich sollte die Stadt bemüht sein, ein Lückenkataster anzulegen und bestehenden
-----	--

	<p>Leerstand zu erfassen und diesen als Wohnraum zu katalogisieren.</p>
CDU	<p>Grundsätzlich ist das zu befürworten. Im Stadtteil Burghasungen gibt es ähnliches bereits.</p>
FDP	<p>Der Grundsatz „Innen- vor Außenausbau“ ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt um Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Erstellung eines Lückenkatasters unterstützen wir daher.</p>
UFW	<p>Ein Lückenkataster gibt es schon, es wurde im Rahmen der Stadtsanierung erstellt. Sieht man sich die Altstadt an, wäre es schön, wenn an der einen oder anderen Stelle mehr Freiraum wäre. Unsere Altstadt mit fast geschlossenen Straßenzeilen könnte so aufgewertet werden. Was unschön ist, ist der Leerstand. Hier wäre eine evtl. Umwidmung der Räume sinnvoll, das geht aber nicht über Auflagen und Verordnungen, sondern liegt im Ermessen der jeweiligen –Eigentümer.</p>
Bündis90/Grüne	<p>Wir wären absolut dafür. Es würde uns die Möglichkeit bieten, unbebaute, bzw. ungenutzte Grundstücke in einer Übersichtskarte darzustellen und soll die Suche nach geeigneten Grundstücken für Gewerbe, Hausbau, etc. erleichtern.</p>
Ziele	<p>Dem Flächenverbrauch stehen wir sehr kritisch gegenüber, sind aber der Meinung, dass kleine Baugebiete für die Eigenentwicklung der Orte bei Bedarf erschlossen werden sollten. Dabei sollten aber zunächst Baulücken geschlossen werden.</p> <p>Bei Gewerbegebieten sind wir gegen Lager- und Logistikhallen und Betriebe, die großflächige Flächenversiegelungen benötigen.</p> <p>Es sollten Handwerksbetriebe klar den Vorrang haben und dann in erster Linie die Eigenentwicklung bereits ansässiger Betriebe im Fokus stehen.</p> <p>Wenn Bau- oder Gewerbegebiete neu erschlossen werden, muss darauf geachtet werden, dass entsprechende Ausgleichsmaßnahmen auch tatsächlich erfolgen.</p> <p>Selbstverständlich sollten möglichst erst freie innerörtliche Flächen genutzt werden. Dies ist aber</p>

	zum Teil schwierig, da dies meist Bauplätze in „privater Hand“ sind und nicht zur Verfügung stehen. Die Erstellung eines Lückenkatasters unterstützen wir voll und ganz. Hier sollten dann auch leer stehende Wohnungen / Häuser und Gewerbegebäude / Flächen erfasst werden.
--	---

3. Wie stehen Sie zu einem „Schottergartenverbot“ bei Aufstellung von Bebauungsplänen ?

Antworten:

SPD	Beim Thema „Schottergartenverbot“ sind wir der Meinung, dass diese in der Aufstellung von Bebauungsplänen verboten werden müssen.
CDU	Auch wenn es unbedingt anzustreben ist, Schottergärten zurückzubauen und zu vermeiden, dass neue entstehen, sollten Verbote immer nur das letzte Mittel sein, von dem man Gebrauch machen sollte, wenn es darum geht, im Dialog mit den Bürger:innen Regelungen über Bebauungspläne um oder neu zu gestalten. Da wir nicht im großstädtischen Bereich wohnen, ist die Anzahl in Zierenberg glücklicherweise vernachlässigbar.
FDP	Bei aller berechtigter Kritik an sogenannten Schottergärten ist die Gestaltung von Gärten eine private Entscheidung und sollte es aus unserer Sicht auch bleiben
UFW	Schottergärten finde ich persönlich fürchterlich, als Auflage in neuen Baugebieten ist das sicher sinnvoll, bestehende bekommt man so aber nicht weg, da sie Bestandsschutz haben.
Bündis90/Grüne	Auch diese Forderung würden wir unterstützen. Andere Bundesländer haben dieses Verbot bereits flächendeckend eingeführt. Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) appelliert seit Langem an die Kommunen, mehr gegen Schottergärten zu unternehmen. „Mit Blick auf den Klimawandel und mehr Unwetter komme es auf jeden Quadratmeter unversiegelten und begrünten Boden an“. Gartenanlagen müssen

	<p>insektenfreundlicher gestaltet und Gartenflächen vorwiegend begrünt werden. Zudem tragen sie einen Beitrag zur Wasseraufnahmefähigkeit und sollten grün belassen oder gemacht werden. Nicht nur schränken Schottergärten den Lebensraum vieler Lebewesen ein, sie können die Fläche überhitzen, was das Mikroklima verschlechtert. Alle bereits angelegten Schottergärten unterliegen dabei dem Bestandsschutz</p>
Ziele	<p>Diese Vorgabe würden wir sehr befürworten. Die Problematik ist aber vielmehr die Kontrolle der Einhaltung dieser Vorgabe.</p> <p>Es gibt ja jetzt bereits Vorgaben im Bereich der Bepflanzung, wie z.B. die Verwendung von nur einheimischen Pflanzen.- Dies wird derzeit <i>leider</i> auch nicht ausreichend kontrolliert.</p>

4. Wie stehen Sie zu einer Entsiegelung von öffentlichen Flächen zur Rückhaltung von Regenwasser?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Im Rahmen der im Jahr 2017 eingeführten Regenwassersatzung wird genau dieser Punkt von der Stadt Zierenberg bereits gefördert. Wenn öffentliche Flächen zur Entsiegelung geeignet sind, sollte es auch mittelfristig umgesetzt werden.</p>
FDP	<p>Dort wo bauliche Maßnahmen stattfinden, sollte man die Entsiegelung von öffentlichen Flächen berücksichtigen, z.B. Parkplatz Zierenberg Grundschule/ Jugendhaus.</p>

UFW	Das ist eine sinnvolle Lösung, mit der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr hat sich schon einiges positiv verändert.
Bündis90/Grüne	Dem würden wir vollends zustimmen. Versiegelte Fläche hält kein Regenwasser zurück, sondern lässt es nur in die Kanalisation fließen. Damit ist es unwiderruflich verschwunden und fördert die Trockenheit in den Sommermonaten und die Überschwemmungen bei Starkregenereignissen.
Ziele	Wo dies möglich ist, sollte das auch gemacht werden. Da sind wir dabei. Generell sollte eine Renaturierung von Bachläufen verfolgt und Aueflächen wiederhergestellt werden, denn dies bewirkt eine natürliche Regenrückhaltung.

5. Zur Verbesserung des innerörtlichen Klimas sollten Bäume und Sträucher im Siedlungsbereich gefördert und gepflanzt werden. Würden sie hinter einem zu erarbeiteten Konzept stehen?

Antworten:

SPD	Die Bepflanzung innerstädtischer/dörflicher Plätze mit standortgerechten, heimischen Baum- und Straucharten wäre für uns wünschenswert. Ein entsprechendes Konzept sollte allerdings immer die Möglichkeit beinhalten, dass Anlieger in die Planung einbezogen werden.
CDU	Bedingt. Ihre Frage zielt wohl eher auf großstädtische Bereiche ab. Unter A.2. sprechen sie die Verdichtung durch Baulücken an. Hier gibt es ein Dilemma zwischen Verdichtung und Begrünung. Auch wenn Zierenberg im Landkreis bereits die „grünste“ Stadt ist, begrüßen wir Neubepflanzungen auf private Initiative hin.
FDP	Ja, wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern in Siedlungsbereichen zu einer Verbesserung des innerörtlichen Klimas beiträgt. Ein zu erarbeitendes Konzept würden wir unterstützen, es sollte darüber

	hinaus auch die Begrünung von Dachflächen und Bushaltestellen und ähnliches mehr berücksichtigen.
UFW	Uneingeschränkt ja, wenn der notwendige Platz zur Verfügung steht – siehe Antwort. 2
Bündis90/Grüne	Definitiv. Bäume und Sträucher spenden nicht nur einen Lebensraum für unzählige Arten, sie spenden zudem Schatten, welcher wiederum dem Austrocknen der Böden entgegenwirkt. Dabei ist natürlich auf die Wahl der Bäume und Pflanzen zu achten, da sie zukünftigen Trocken- und Hitzestress standhalten müssen.
Ziele	<p>Da stehen wir zu 100% hinter. Auf Initiative von jetzigen Ziele-Mitgliedern sind vor ca. 1,5 Jahren im Neubaugebiet vor Hunge in Oelshausen, die im Bebauungsplan festgelegten Bäume, nach über 20 Jahren von der Stadt endlich gepflanzt worden. Generell sollten zur Verbesserung des innerörtlichen Klimas Bäume und Sträucher im Siedlungsbereich gefördert werden. Hierzu müssen schon bei der Planung optimale Bedingungen und pflanzengerechte Standorte berücksichtigt werden. Oftmals sind Baum- und Wurzelbereiche in Siedlungsgebieten viel zu klein. In den trockenen Sommermonaten kommt es deshalb vermehrt zu Trockenschäden, eine Pflege bzw. Bewässerung ist nicht gewährleistet. Zudem müssen vor allem Bäume und Standort, zukunftsicher ausgewählt werden, sodass es nicht zu unnötigen Schnittmaßnahmen kommen muss und der Baum seinem natürlichen Habitus entsprechend wachsen kann.</p> <p>Straßenbäume filtern Schadstoffe aus der Luft und tragen durch Verdunstung und Beschattung zur Kühlung umliegender Bereiche bei. Werden im Straßenbegleitgrün zudem arten- und strukturreiche Wiesen angelegt, verstärken sich diese Effekte noch.</p>

6. Bei Neu- und Umbauten sollten alle Möglichkeiten des Klimaschutzes ausgeschöpft werden. Bei Genehmigungen, in Bebauungsplänen sollte daher immer eine Südneigung der Dachflächen, die Nutzung von

Solarthermie und Photovoltaik, eine Brauchwassernutzung vorgeschrieben werden. Würden Sie diese Forderung vollends unterstützen?

Antworten:

SPD	Bei der Frage nach der Ausschöpfung aller Möglichkeiten bei Neu- und Umbauten werden wir darauf achten, dass alle gesetzlichen Rahmenbedingungen (und die Einbeziehung von Förderprogrammen) eingehalten. Allerdings sind hier regionale Besonderheiten (Hanglagen in Zierenberg und Burghasungen) zu berücksichtigen.
CDU	In neu ausgewiesenen Bebauungsplänen, in denen die geografische Lage es zulässt, sollten die vorhandenen Möglichkeiten für den Klimaschutz umgesetzt werden. Auch hier müssen die Maßnahmen im Dialog mit den Bürger:innen entwickelt werden. Schließlich werden Neubauten von den Eigentümern und nicht der Stadt finanziert. Von daher sollten nicht zu viele Vorschriften erlassen werden. Förderung von Wärmepumpe mit Solarthermie, Fotovoltaik erfolgt heute bereits über Bundesmittel. Darüberhinaus besteht ab 2025 ein gesetzliches Installationsverbot von Ölheizungen. Gasheizungen folgen später.
FDP	Eine verpflichtende Südneigung von Dachflächen und die verpflichtende Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik halten wir nicht für zielführend. Den verpflichtenden Einbau einer Zisterne bei Neubauten (Brauchwassernutzung) halten wir dagegen für diskussionswürdig, da sich der Mehraufwand bei Neubauten im Gegensatz zu bestehenden Gebäuden in Grenzen hält.
UFW	Bei Neubauten ist das meist möglich und zu begrüßen, das hängt aber von der Straßenführung ab und nicht an jeder Stelle umsetzbar. Bei Altbauten ist je nach Gebäude eine Umstellung auf Solarthermie nicht möglich, weil dann der Stromverbrauch im Winter viel zu hoch wäre. Geht man durch Neubaugebiete, sieht man schon sehr viele Häuser, die alleine mit Wärmepumpe beheizt werden.

Bündis90/Grüne	<p>Für Neubauten stimmen wir uneingeschränkt zu. Hiermit ist nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch langfristig den Bewohnern geholfen. Wenn auch mitunter die Amortisationszeiten recht lang sind, investiert man dennoch mit klimagerechten Maßnahmen in die Zukunft. Man sollte die finanzielle Belastung anerkennen und benennen.</p>
Ziele	<p>Diese Forderung unterstützen wir komplett! Bei der Photovoltaik ist in einigen Gebieten aktuell leider „nur“ eine Eigenbedarfserzeugung möglich. Eine Einspeisung wird teilweise vom Netzbetreiber nicht genehmigt, da die Netze dies nicht mehr aufnehmen können. Hier müsste auch unbedingt nachgelegt werden, um auch größere Dächer (Gewerbebauten, Schulen, Bürgerhäuser, usw....) nachträglich mit Photovoltaik ausrüsten zu können. Aber prinzipiell sollten aus unserer Sicht heutzutage nur noch Planungen mit nach Süden ausgerichteten Dächern genehmigt werden, um alle Möglichkeiten der solaren Nutzung, zumindest in Zukunft, nutzen zu können, falls dies aufgrund der Netze kurzfristig nicht möglich sein sollte. Da wo es in Neubaugebieten möglich ist, sollte man es vorschreiben.</p>

Förderung von Arten- und Naturschutz auf kommunalen Flächen.

1. Ökologische Bewirtschaftung auf kommunalen Flächen, z.B. Vorgaben zum Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln auf verpachteten Flächen. Würden Sie sich für entsprechende Formulierungen in den Pachtverträgen einsetzen?

Antworten:

SPD	Beim Thema Arten- und Naturschutz auf kommunalen Flächen ist für uns wichtig, dass die Möglichkeiten, die der Stadt zur Verfügung stehen, umgesetzt werden. Insbesondere gehören für die SPD die Anlage von Blühstreifen, das Anlegen von Streuobstwiesen, eine angepassten Mährhythmus und eine spezielle Betrachtung der sogenannten „Zwickel“ (besonders in den Straßeneinmündungsbereichen von Dorfstraßen) zu einer ökologischen Bewertung zukünftigen, nachhaltigen Naturschutzes in der Stadt.
CDU	In der Fragestellung ist von Pestiziden die Rede. Diese Bezeichnung ist so nicht korrekt und zu differenzieren. Die korrekte Bezeichnung wäre Pflanzenschutzmittel. Pestizid ist gemäß EU-Recht ein Oberbegriff, der Pflanzenschutzmittel und Biozide(z.B. Rattenbekämpfungsmittel) umfasst. Insofern gehen wir davon aus, dass Pflanzenschutzmittel gemeint sind. Städte und Gemeinden sollen diesem Thema Beachtung schenken. Es sollten keine Vorgaben gemacht werden. Die Stadt, soweit Pachtflächen betroffen sind, sollte mit den Landwirten eine Selbstverpflichtungserklärung vereinbaren, im Rahmen der „Guten fachlichen Praxis“ zu arbeiten. Die CDU ist der Ansicht, dass es keinen Sinn macht konventionelle und ökologische Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Der größte Teil der städtischen Verpachtungsflächen – hier v.a. exemplarisch das gesamte Gebiet auf dem Dörnberg – werden seit über 20 Jahren ohne Pflanzenschutz- und Düngemittel vom Ortsbauernverband Zierenberg bewirtschaftet

FDP	Nein. Der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln unterliegt strengsten Auflagen, sodass eine Vorgabe für verpachtete, kommunale Flächen nicht notwendig ist. Über die Bewirtschaftungsweise muss der Landwirt aus unserer Sicht frei entscheiden können.
UFW	Grundsätzlich befürworte ich Vorgaben zum Einsatz von Pestiziden und Düngemittel
Bündis90/Grüne	Auf jeden Fall, wer Artenschutz möchte, und hier geht es nicht nur um die Bienen, sondern auch um Wespen, Hummeln, Schmetterlingen, Laufkäfer u.v.m., muss alles Mögliche tun, um diese zu erhalten. Wer die Insekten schützt, schützt auch die Artenvielfalt bei Pflanzen, die für ihre Fortpflanzung auf blütenbesuchende Insekten angewiesen sind. Düngemittel haben ebenfalls große Auswirkungen auf ihre direkte Umgebung, aber was weniger bekannt ist, ist dass sie auch Oberflächen-, sowie Grundwasser gefährden. Bereits jetzt gibt es vielerorts viel zu hohe Nitratwerte im Trinkwasser, dem unbedingt Einhalt geboten werden muss. Sicherlich trägt hier die Landwirtschaft einen beträchtlicheren Anteil, dennoch sollte gerade in unserem Warmetal auch auf kommunalen Flächen darauf geachtet werden.
Ziele	Soweit diese Forderung rechtlich umsetzbar ist, unterstützen wir diese auf jeden Fall. Aus unserer Sicht müssen noch Flächen aus der Nutzung genommen werden, auf denen noch offene Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden können. Eine naturnahe Grünflächengestaltung kann sich auch finanziell rechnen. Durch Reduzierung der Mahd, den Verzicht auf Dünger und Pestizide, sowie die Verwendung mehrjähriger, heimischer Stauden, können Pflegekosten reduziert werden.

2. Setzen Sie sich für Vertragsnaturschutz auf kommunalen Flächen, z.B. Lerchenfenster, Blühstreifen, Gentechnikfrei (Saatgut) ein?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Ja, in Zierenberg wurden in den vergangenen Jahren bereits Blühflächen eingesät und die CDU befürwortet und unterstützt die Ausweitung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Der Ortsbauernverband Zierenberg geht mit Engagement voran und stellt seinen Mitgliedern jedes Jahr für mindestens 10ha Saatgut für Blühflächen unentgeltlich zur Verfügung. Zum gentechnikfreien Saatgut möchten wir – durch die Fragestellung etwas irritiert - vermerken, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland verboten ist.</p>
FDP	<p>Wir setzen uns für Vertragsnaturschutz auf kommunalen Flächen ein. Jedoch hat gentechnikfreies Saatgut aus unserer Sicht nichts mit diesem Thema zu tun. Das Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut ist EU- und bundesrechtlich hinreichend reglementiert, es bedarf daher keinen zusätzlichen Regelungen auf kommunaler Ebene. Das Anlegen von Lerchenfenstern und Blühstreifen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes unterstützen wir ausdrücklich.</p>
UFW	Ja
Bündis90/Grüne	<p>Grundsätzlich stimmen wir dem zu. Wir möchten hier aber auch keine leeren Versprechungen machen. Letztendlich wird hier die Kostenfrage im Raum stehen. Gibt das der Etat der Stadtverwaltung her? Vielleicht sollte man das Pferd von hinten aufzäumen. In welchen Bereichen verpuffen Gelder, bzw. könnten</p>

	<p>Gelder eingespart werden die stattdessen für solch wichtige Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung stünden?</p> <p>Wir möchten uns zukünftig für einen nachhaltigen Einsatz der zu Verfügung stehenden finanziellen Mittel einsetzen.</p>
Ziele	<p>Hierfür setzen wir uns ein. – Gentechnisch verändertes Saatgut sollte aus unserer Sicht generell verboten werden. Wir werden uns auf jeden Fall dafür einsetzen, dass dies in städtischen Bereichen nicht verwendet wird.</p> <p>Bei Blühstreifen gibt es in Zierenberg ja erste Ansätze, die aber weiter ausgebaut werden müssen. Hierzu sind auch Gespräche mit den Landwirten notwendig, um sie hierbei mit einzubeziehen.</p>

3. Wegränder in kommunalem Eigentum in voller Breite erhalten, Mahdtermine dieser erst später im Jahr, ab August bzw. in Staffelmahd, Mahd vor Mulchen. Würden Sie diese Forderung unterstützen?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Ja, hier kann Naturschutz mit einfachen Maßnahmen umgesetzt werden. Und dies passiert bereits. Der überwiegende Teil wird bereits so gepflegt. Der Bauhof bearbeitet die kleineren Flächen. Da ist noch Optimierung zu prüfen.</p>
FDP	<p>Wegränder in kommunalem Eigentum sollen aus unserer Sicht in voller Breite erhalten werden. Gegen ein generelles Mulchverbot auf Feldrainen, stattdessen abgestimmtes Pflegekonzept, auch für Hecken. Extensive Flächen von geringer Bodengüte für Blümmischungen verwenden.</p>
UFW	<p>Ja, aber dazu braucht es an vielen Stellen längere Diskussionen mit den Anliegern, die die Grenzen zu den Wegeparzellen nicht eingehalten haben</p>
Bündis90/Grüne	<p>Absolut. Wir schlagen vor, ein detailliertes Mähkonzept zu entwickeln, um so dem Verlust der Artenvielfalt zu begegnen. Die Pflege an Straßen und Wegrändern ist natürlich an bestimmten Bereichen aus Gründen der Verkehrssicherung wichtig, so dass sie intensiv gepflegt werden müssen. Allerdings sollten wir die Abschnitte an den Straßen identifizieren, die extensiv gepflegt werden können. Beispielsweise könnten viele Böschungen nur einmal pro Jahr gemäht werden, um den Gehölzaufwuchs zu verhindern. Auch wechselseitiges Mähen der Straßenseiten ist möglich, so dass nicht schlagartig</p>

	<p>alle Blütenpflanzen und damit das Nahrungsangebot für viele Insekten wegfällt.</p> <p>Ein weiteres flächendeckendes Problem ist die Müllbeseitigung an Straßenrändern. Hier muss unbedingt darauf hingearbeitet werden, dass der Müll zuerst beseitigt wird, bevor die Mähmaschinen mähen. Unmengen an vornehmlich Plastik wird zerschreddert und landet als kleine Teile im Grünstreifen, die nicht mehr aufgesammelt werden können</p>
Ziele	<p>Ja da sind wir für. - Mulchen ist aus unserer Sicht keine gute Lösung.</p> <p>Zusätzlich zu einer möglichst späten und einer Staffelmahd, sollte der Schnitt möglichst hoch erfolgen, um Flora und Fauna zu schützen. – Auch hier müssen die Landwirte und Jagdgenossenschaften einbezogen werden.</p>

4. Die innerörtlichen Rasenflächen werden wöchentlich gemäht. Darunter leidet die Artenvielfalt. Neue Konzepte der innerörtlichen Grünflächenpflege müssen erstellt werden. Dabei sollte die Artenvielfalt eine Rolle spielen, z.B. Reduzierung der Mähintervalle außerhalb der Spielflächen, Neuanlage von Blühflächen, blühende Stauden und Büsche auch auf Verkehrsinseln etc.. Wie würden Sie dieses Thema angehen und erfährt es von Ihnen Unterstützung?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>In einigen Ortsteilen gibt es diese Idee bereits, allerdings hapert es derzeit noch an der Umsetzung. Für Zierenberg sind diese Maßnahmen in Zukunft unabdingbar. Deshalb fordern wir als CDU auch schon seit langem ein Grünflächenkataster als Grundlage für die weitere Planung.</p>

FDP	Die Reduzierung von Mähintervallen sowie die Neuanlage von Blühflächen und die Anpflanzung blühender Pflanzen zum Beispiel auf Verkehrsinseln unterstützen wir.
UFW	Auch das unterstütze ich, im Bereich von öffentl.Straßen/Wegen darf aber die Sicht nicht behindert werden.
Bündis90/Grüne	Wir unterstützen diese Forderung auf jeden Fall und würden solche Grünflächenkonzepte gerne gemeinsam mit dem NABU entwickeln.
Ziele	<p>Diese Thematik wird aktuell in den Gremien diskutiert. Hier sollte geprüft werden, in wieweit die jetzigen Blühflächen erweitert werden können und in welchen Bereichen überhaupt wöchentlich gemäht werden muss? - Aus unserer Sicht auf den wenigsten.</p> <p>– Wir sehen hier ebenfalls noch viel Potential zur Ausweitung der Blühflächen und würden diese Forderung unterstützen.</p> <p>Um die Beeinträchtigung der Flora und Fauna durch die Mahd möglichst zu reduzieren, sollten Grünflächen zeitlich versetzt und der Nutzung entsprechend, mit möglichst hoher Schnitthöhe gemäht werden.</p>

5. Naturschutzgerechte Pflege der Gehölze an Gewässern und Hecken in den Gemarkungen werden unzureichend und schlecht umgesetzt. Auch hier müssen Konzepte erstellt werden. Wie würden Sie dieses Thema angehen und erfährt es von Ihnen Unterstützung?

Antworten:

SPD	In Absprache mit der UNB/ONB ist bei der Renaturierung von Bachläufen, Rückhaltebereichen von Bachläufen und der Anlage von Feldholzinseln/Biotopvernetzungsstrukturen auf den ökologischen Sinn und die Verträglichkeit zu achten.
CDU	Zunächst halten wir es erstmal für eine Unterstellung, die Bauhof, Landwirt- und Jägerschaft ohne Beweise diskreditiert. Tatsächlich gab es vor Jahren Probleme mit dem Diemelwasserverband, wegen deren Baumschnitts an der Warme. Sie wurden ausgeräumt. Zunächst ist ein Kataster notwendig. Dann muss in Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung, Bauhof, Landwirtschaft, Wasserverband Diemel und Jagdgenossenschaften, die die Gehölzpflege oft in Eigenregie durchführen, geplant und umgesetzt werden.
FDP	Im Wesentlichen ist hier der überregionale Wasserverband zuständig.
UFW	Das unterstützen wir schon lange, kämpfen da aber auch mit den Strukturen des zuständigen Wasserverbandes. Und es hat auch in der Vergangenheit bereits Anzeigen wegen des Nichteinhaltens gesetzlicher Auflagen gegeben. Hier müssen dringend weitere Gespräche geführt werden.
Bündis90/Grüne	Auch hier möchten wir diese Forderung auf jeden Fall unterstützen und gerne gemeinsam mit dem NABU solche Konzepte entwickeln.
Ziele	Dies erfährt Unterstützung von uns. – Hierzu müssen Gespräche für ein gemeinsames Konzept mit dem Wasserverband Diemel aufgenommen werden, da ein Großteil der Gewässer in der Gemarkung Zierenberg vom Wasserverband und ein kleinerer Teil von der Stadt gepflegt wird.

	<p>Für die Vernetzung von Hecken in der Gemarkung Zierenberg gab es vor Jahren eine Studienarbeit. Dies Thema ist leider in Vergessenheit geraten, hier muss aus unserer Sicht aber wieder angeknüpft werden. Zur Förderung wassergebundener Tier- und Pflanzenarten, sollte ein gewässertypischer Uferbewuchs mit heimischen Arten gefördert werden.</p>
--	---

6. Streuobstbestände prägen unsere Gemarkungen. Deren Erhalt und Pflege steht nicht immer im Fokus. Dabei sind diese besonders wichtig für die Artenvielfalt. Gerade an den Feldwegen werden Bäume entfernt, aber nicht mehr nachgepflanzt. Die Kulturlandschaft verändert sich. Ihr Beitrag für Tourismus und Naherholung wird geringer. Wie würden Sie dieses Thema bewerten und erfährt es von Ihnen Unterstützung?

Antworten:

SPD	<p>Die Pflege und Anlage von Streuobstbeständen ist uns wichtig, stellen diese neben dem ökologischen Wert auch ein Element der Entwicklung der Mensch – Kulturlandverschränkung dar. Wir wollen ein hohes Maß an Biodiversität in Stadt und Dörfern anstreben.</p>
CDU	<p>In den Ortsbeiräten wird schon darauf hingearbeitet, dass keine Bäume mehr entfernt werden, wenn es nicht unbedingt nötig ist. In der Vergangenheit wurden in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr zahlreiche Obstbäume gepflanzt, die aber auch mehr kostenintensiver Pflege bedürfen. Die Arbeiten der NABU Oberelsungen im Bereich Streuobstwiesen, Gehölz- pflege und Förderung der Artenvielfalt nehmen wir aufmerksam und mit Respekt für den großen Einsatz zur Kenntnis. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit örtlichen Landwirten und Imkern. Neue Konzepte, bei denen interessierte Bürger Pflege-Patenschaften übernehmen und dafür das Obst ernten, könnten eine Bereicherung sein.</p>
FDP	<p>Wenn die Abholzung von Streuobstbeständen unvermeidbar ist, sollte die Neupflanzung aus unserer Sicht obligatorisch sein.</p>

UFW	Auch hier stimme ich Ihnen zu, allerdings müssen bei der Anpflanzung von Bäumen entlang der Wirtschaftswege die notwendigen Abstände eingehalten werden, das ist nicht an allen Wirtschaftswegen möglich.
Bündis90/Grüne	Leider ist die Baum- und Heckenanzahl an und zwischen den Feldern eher gering in unserer Kommune. In Zusammenarbeit mit den Landwirten sollten hier unbedingt Pflanzen und Hecken gepflanzt werden. Sie bieten unzähligen Organismen einen wichtigen Lebensraum. Möglicherweise stehen auch noch weitere kommunale Flächen zur Verfügung, die durch Neubepflanzung und damit der Erweiterung der Obstbaumbestände einen Beitrag zum Naturschutz leisten können.
Ziele	Das unterstützen wir gerne! Streuobstwiesen müssen bei der Pflege in den Vordergrund rücken und bei der aktiven Vernetzung von Biotopen mit einbezogen werden. Aus unserer Sicht sollten an Feldwegen nicht nur entfernte Bäume ersetzt, sondern auch neue zusätzlich gepflanzt werden.

7. Im Landkreis steht die Einrichtung eines durch das Land Hessen geförderten Landschaftspflegeverbandes kurz bevor. Dieser bietet die Möglichkeit der fachlichen Unterstützung von außen. Hier sollte die Stadt Zierenberg Mitglied werden. Würden Sie die Mitgliedschaft unterstützen?

Antworten:

SPD	Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich. Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.
CDU	Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und es einen Nutzen für die Stadt Zierenberg und deren Gemarkungen hat, ja. Siehe auch 6.

FDP	Wir halten es für sinnvoll, dass kreisangehörige Kommunen Vertreter in den Landschaftspflegeverband entsenden. Generell besteht der Vorteil der Landschaftspflegeverbände darin, dass Politik, Landwirtschaft und Naturschutzverbände gleichberechtigte Mitglieder sind. Die drittelparitätische Zusammensetzung muss dringend eingehalten werden.
UFW	Wir haben auf Kreisebene einem solchen Verband zugestimmt, ob ein Mitgliedschaft für Zierenberg notwendig ist, hängt von den Strukturen des städt. Bauhofes ab. Eine Mitgliedschaft würde ich bedingt unterstützen.
Bündis90/Grüne	Unbedingt. Zumal der jährliche Mitgliedsbeitrag sicherlich überschaubar ist und die Stadt Zierenberg die Mitgliedschaft marketingwirksam nutzen könnte.
Ziele	Das würden wir vollumfänglich unterstützen.

8. Artenschutzmaßnahmen an städt. Gebäuden (Schwalben, Mauersegler, Falken etc.) lassen sich teilweise rasch und kostengünstig bei Neu- und Umbauten z.B. durch Niststeine durchführen. Hier hat die Kommune auch eine Vorbildfunktion! Wie würden Sie dieses Thema angehen und erfährt es von Ihnen Unterstützung?

Antworten:

SPD	Hierbei ist eine Abstimmung mit der UNB und örtlichen Naturschutzorganisation für uns sehr wünschenswert und notwendig. Einen wichtigen Baustein bei der Umsetzung von Natur- und Artenschutzmaßnahmen ist für uns allerdings die Einbeziehung von Privathaushalten, Schulen und Kindergärten (bspw. könnten konzertierte Aktionen zu bestimmten Themen/hier Hymenoptera oder Streuobstwiesen u. ä. stattfinden).
CDU	Auch hier müssten zunächst die Möglichkeiten ausgelotet und bewertet werden. Die Maßnahmen zur Erhaltung der Bauwerkssubstanz darf hier nicht vernachlässigt werden, da gerade durch Schwalben ein nicht unerheblicher Reinigungsaufwand vonnöten sein kann. Generell sind diese Maßnahmen aber

	anzustreben. Erwähnen möchten wir noch das Engagement der Jugendfeuerwehren und des NABU, die ihre Nisthilfen anbringen und pflegen
FDP	Artenschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden erfahren unsere Unterstützung.
UFW	Ja, aber ich glaube, dazu braucht keine politischen Entscheidungen, das wird sicher auf dem „kleinen Dienstweg“ möglich sein.
Bündis90/Grüne	Nisthilfen sind leicht zu montieren und nicht kostenintensiv, so dass man hier schnell nachrüsten kann, um Artenschutz zu gewährleisten. Zudem sollten hier die Bürger:innen mit ins Boot gebracht werden um ihrerseits wirksame Artenschutzmaßnahmen an den eigenen Immobilien umzusetzen. Informationstage und Projekte sowie Hilfe bei der Umsetzung können wir uns sehr gut vorstellen.
Ziele	<p>Wo dies möglich ist, sollten wir das tun und wird von uns unterstützt.</p> <p>Generelle Anmerkung zur Förderung von Arten- und Naturschutz auf kommunalen Flächen:</p> <p>Bei all diesen Maßnahmen, die wir alle voll und ganz unterstützen, ist es aus unserer Sicht ganz wichtig, die Bürger vollumfänglich zu informieren und bei der Planung mit einzubeziehen.</p> <p>Denn oft führen solche Maßnahmen, wie z.B. Wegeränder gegen die bisherigen Gewohnheiten nicht mehr regelmäßig zu mähen, auf Unverständnis und zu vielen Beschwerden.</p>

Ausgleichsmaßnahmen

1. Für jeden Eingriff muss eine Ausgleichsmaßnahme erfolgen. Diese wird in den Bebauungsplänen festgehalten. Jedoch findet aus unserer Sicht keine Kontrolle der festgelegten Maßnahmen statt. Wir fordern daher eine Ausarbeitung einer Aufstellung dieser Maßnahmen und deren bisherigen Umsetzung für zumindest die letzten 30 Jahre. Würden sie unsere Forderung in den politischen Gremien unterstützen und forcieren?

Antworten:

SPD	Ausgleichsmaßnahmen katastermäßig zusammenzufassen und diese zu aktualisieren sind eine sinnvolle Idee.
CDU	Nach den naturschutz- und baurechtlichen Vorgaben sind - die aufgrund von Bebauungsplänen vorgenommenen Eingriffe in Natur und Landschaft - auszugleichen. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wird in Zierenberg aktuell entsprechend verfahren. In einem Bebauungsplan werden bekanntlich dem Bauherrn Auflagen zu einer standortgerechten Bepflanzung gemacht. Die CDU ist auch Ihrer Meinung, dass das Thema „Ausgleichsmaßnahmen“ in der Vergangenheit sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Hier bedarf es wirklich einer Aufarbeitung der letzten Jahre. Die Verwaltung arbeitet aktuell daran. Bei Vorlage der Ergebnisse werden wir sie kritisch bewerten, und ihre Aspekte berücksichtigen.
FDP	Wir gehen nicht davon aus, dass keine Kontrollen von Ausgleichsmaßnahmen stattfinden, sind aber mit Ihnen der Meinung, dass alle Ausgleichsmaßnahmen fortlaufend kontrolliert werden müssen. Ausgleichsmaßnahmen in der Rudi-Walther Straße (Ziernberg), Bach Gollomer haben wir aktuell im Focus.
UFW	Nicht unbedingt der letzten 30 Jahre, denn ganz so lange gibt es die Ausgleichsregelung auf der Bauleitplanungsebene noch gar nicht, aber für die betroffenen Baugebiete schon, wobei ich teilweise

	<p>die Regelungen der B-Pläne für die privaten Grundstücke für falsch und nicht realisierbar halte. (Beispiel: Keine Nadelgehölze au privaten Baugrundstücken – aber wir feiern Weihnachten mit einem Weihnachtsbaum, dürfen einen solchen aber nicht auf den Grundstücken pflanzen.) Aber der positive Trend zu mehr Naturgärten sollte weiter gefördert werden. Auch hierzu gibt es einen Kreistagsbeschluss, der vorsieht, dass die UNB die Ausgleichsmaßnahmen kontrollieren soll und Defizite nachfordern. Allerdings hat die bisherige Stadtführung eine solche Kontrolle abgelehnt und mehr den Wünschen einzelner Bauherren Rechnung getragen. Die UFW ist seit ca. 1 Jahr dabei, z.B. die Umsetzung der Ausgleichsfläche für die Rudi-Walther-Str. in Zierenberg zu fordern und durchzusetzen. Dor haben einzelne Bauherren die Ausgleichsfläche dafür genutzt, ihren überschüssigen Erdaushub zu entsorgen, teilweise auch in den geschützten 5m Uferstreifen der Gollomer. Eine Umwandlung der Ausgleichsfläche in zusätzl. Bauland und die Schaffung einer neuen Ausgleichsfläche haben wir strikt abgelehnt.</p>
Bündis90/Grüne	<p>Ja, wenn bestehendes Recht nicht umgesetzt wird, muss leider nachgeholfen werden. Transparenz ist hier das A und O bei der Umsetzung des Klima- und Umweltschutzes, damit Bürger:innen Entscheidungen auch nachvollziehen können und ggf. auch Druck aufbauen können. Aussitzen bis der Unmut groß genug ist, ist weder ökologisch noch klug.</p>
Ziele	<p>Das Thema haben wir ja schon unter 1. Flächenverbrauch..... angesprochen. Es ist richtig: In der Vergangenheit wurde die Durchführung der Maßnahmen von der Bauaufsicht des Landkreises leider nicht kontrolliert. Mittlerweile hat aber der Landkreis begonnen, die Durchführung der Maßnahmen zu kontrollieren, auch die aus der Vergangenheit. Diese Forderung würden wir auf jeden Fall unterstützen.</p>

	Die Problematik ist uns bekannt und muss dringend aufgearbeitet werden.
--	---

2. Aus unserer Sicht müssen die Einzelmaßnahmen dringend in ein flächenübergreifendes Gesamtkonzept eingebettet werden. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur rechnerisch als Ausgleich dienen, sondern müssen dies auch in der Praxis sein. Würden Sie dies in den politischen Gremien unterstützen?

Antworten:

SPD	Unserer Meinung nach sollten Ausgleichsmaßnahmen mit den Nachbargemeinden/Städten koordiniert werden. So kann eine sinnvolle Vernetzung einzelner Maßnahmen erfolgen.
CDU	Erst 1., dann 2.
FDP	Ja.
UFW	Ein flächenübergreifendes Gesamtkonzept ist vielleicht sinnvoll, aber ich denke in Zierenberg wegen der zu wenig verfügbaren Flächen nicht umsetzbar. Derzeit wird geprüft, in wieweit auch der Wald und seine Nutzung in Ausgleichsmaßnahmen mit eingebogen werden können. Entlang der Warme sind bereits einige Naturschutzmaßnahmen umgesetzt worden.
Bündis90/Grüne	Wir wollen anhand konkreter Zahlen wissen, in welchem Umfang Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt wurden, bzw. wie verbreitet solche Missstände sind. Naturschutzverbände beklagen oft eine fehlende Transparenz. Kommunen informieren nicht öffentlich über die angeordneten Ausgleichsmaßnahmen geschweige denn vertragliche Vereinbarungen zu den Maßnahmen. Wir möchten zuerst einen Überblick gewinnen. Wenn nötig, sollte ein Monitoring vorgeschrieben werden, dessen Ergebnisse allgemein zugänglich veröffentlicht werden sollten.
Ziele	Ja, das Sehen wir auch so und unterstützen dies gänzlich.

Gewässerschutz

1. Der Schutz und Ausbau naturnaher Gewässerstrukturen ist eine kommunale Aufgabe. Hier besteht Handlungsbedarf in der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie inkl. Hochwasserschutz. Für Renaturierung von kommunalen Gewässern gibt es Förderungen, z.B. über das Programm 100 wilde Bäche. Wie sollte das Thema aus Ihrer Sicht angegangen werden?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Hier würde die CDU auf ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept setzen. Zur Finanzierung sind Fördermaßnahmen auszuloten, und Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen.</p>
FDP	<p>Die Renaturierung von kommunalen Gewässern durch Förderungen sollten in Anspruch genommen werden., Z.B. bei der Erschließung von Neubaugebieten.</p>
UFW	<p>Ich stimme Ihnen zu, dass es Handlungsbedarf gibt, allerdings sind die angrenzenden Landwirte von Renaturierungsprojekten selten begeistert.</p> <p>Hochwasserschutz vor allem für die bebauten Ortslagen wird immer wichtiger, konkret fehlt er z.B. in Oelshausen. Allerdings ist das auch mit großen Kosten verbunden, die erst einmal aufgebracht werden müssen.</p>
Bündis90/Grüne	<p>Durch die Begradigung und Verbauung vieler Bäche wurden Lebensräume zerstört. Die Gewässerrenaturierung trägt nicht nur zur Rückgewinnung dieser Lebensräume bei, sie fördert die Biodiversität, dient dem Hochwasserschutz und wirkt den Folgen des Klimawandels entgegen. Die Nebelbeeke, die dem Hohen Dörnberg entspringt, ist</p>

	<p>ein Zulauf der Warme und soll im Programm 100 wilde Bäche renaturiert werden. Laut der Programmbeschreibung sollen bis „2027 [...] alle Gewässer im Rahmen der EU-Vorgaben in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden“ um sie modellhaft zu renaturieren. Im Rahmen des Programms wird „den Kommunen bei der Renaturierung viel Arbeit abgenommen [...]. Sie erhalten eine umfangreiche Unterstützung von den ersten Planungsschritten bis hin zur Umsetzung der Renaturierungsmaßnahmen.“ (https://wildebaechehessen.de/) Hier gilt es nach dem Modell zu handeln. Wir streben einen engen Austausch mit der Kommune Calden an, um uns wertvolle Informationen und Unterstützung zu besorgen, um unsere Bäche im gesamten Gebiet Zierenberg naturnaher zu gestalten.</p>
Ziele	<p>Das Thema Renaturierung von Bachläufen hatten wir ja schon weiter oben angesprochen. Hier sollte eine Rahmenplanung für alle Bachläufe im Stadtgebiet, unter Einbeziehung des Wasserverbandes Diemel und idealerweise in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, erstellt und die Fördermöglichkeiten eruiert werden. In dem Zusammenhang ist dann zu prüfen, ob hier auch eine Förderung des Landes für interkommunale Zusammenarbeit möglich ist.</p>

Nachhaltigkeit

1. In der Stadt müssen nachhaltige Konzepte für kommunalen Einrichtungen/Veranstaltungen erstellt werden. Hierzu zählen die Umsetzung von Recycling-Konzepten, Bio-Förderung in kommunalen Einrichtungen, Fair Trade etc. Wie würden Sie dieses umsetzen wollen, welche Möglichkeiten bieten sich hier nach Ihrer Einschätzung?

Antworten:

SPD	Zum Thema Nachhaltigkeit werden wir uns dafür einsetzen bereits vorhandene Konzepte konsequent umzusetzen. Wünschenswerte Ansätze (Fair trade) müssen nach unserer Meinung auf ihre finanzielle Umsetzbarkeit überprüft werden. Menschen müssen bei allen Veränderungen mitgenommen werden können.
CDU	Sollten mit Augenmaß Stück für Stück umgesetzt werden. Es ist zu bedenken, dass Bio alleine noch keine Nachhaltigkeit ist. Wie man es täglich sehen kann, stammen viele Bio-Produkte aus Südeuropa und noch weiter weg. Das macht für uns ökologisch wenig Sinn. Hier ist uns die Regionalität sehr wichtig. Die CDU Zierenberg ist dafür, die ortsansässigen Betriebe und Geschäfte mit ins Boot zu holen. In der Kernstadt sind wir z.B. schon in Gesprächen mit einigen Geschäften, um in Zierenberg ein Pfandsystem für Kaffee to go-Becher zu verwirklichen. Wir rufen bei öffentlichen Veranstaltungen bereits regelmäßig dazu auf, eigenes Geschirr / Tassen mitzubringen, um Abfall zu vermeiden. Durch das Verbot von z.B. Einweggeschirr ist schon die richtige Richtung vorgegeben worden. Wir müssen diesen Weg weitergehen.
FDP	Wir würden das als Ziel in den Haushaltsberatungen mit einbringen.
UFW	Das ist sinnvoll, allerdings geht es nur mit den Bürgern zusammen, und hier muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, was aber nicht bedeutet dass man nicht schon mal anfangen kann damit.

Bündis90/Grüne	In vielen städtischen Einrichtungen existieren bereits Recycling-Konzepte die sicherlich noch ausweitbar sind. Grundsätzlich sollten Veranstaltungen „plastikfrei“ und mit einem nachhaltigen Recycling-Konzept durchgeführt werden. Im Bereich der Bio-Förderung und der Nutzung von Fair Trade-Produkten in kommunalen Einrichtungen scheidet es meist am Preis der Waren. Für Veranstaltungen dagegen sehen wir eine Bio-Förderung und die Nutzung von Fair Trade-Produkten als durchaus umsetzbar an. Eine Vielzahl der Bürger:innen ist durchaus bereit für Bio- und Fair Trade-Produkte mehr zu bezahlen.
Ziele	Durchaus gäbe es die Möglichkeit, Vorgaben für „Volksfeste“ wie z.B. den Viehmarkt zu machen. Zum Beispiel könnte dieser analog dem Kassler Weihnachtsmarkt unter der Vorgabe „plastikfrei“ durchgeführt werden. Die Forderung nach Bio bzw. regionalem Essen im Kindergarten oder aber der Schule sind wünschenswert und hierfür würden wir uns einsetzen, allerdings darf dies nicht dazu führen, dass manche Kinder/Eltern sich dann diese Verpflegung nicht mehr leisten könnten. Hier müssen Konzepte gefunden werden, die für alle einen guten Weg darstellen und niemanden benachteiligen.

2. Zur Nachhaltigkeit gehört auch der Ausbau zu einer verkehrsgerechten Stadt, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwegebau, eine Vernetzung der Stadtteile. Welche Vorschläge und Ideen haben Sie?

Antworten:

SPD	Das Thema Radwegebau ist in unserer Agenda sehr weit oben angesiedelt. Das der letzte Bürgermeister der Stadt (S. Denn) wenig bis gar nichts zu diesem Thema unternommen hat, werden wir, zusammen mit dem neuen Bürgermeister (R. Germeroth) eine Verknüpfung des Radwegenetzes zwischen Stadt und Stadtteilen und den Nachbargemeinden/Städten vorantreiben. Wir werden die Ortsbeiräte bei ihren
-----	---

	<p>bereits vorgenommen Vorhaben unterstützen (der Ortsbeirat Burghasungen hat Kontakt zu Herrn Arend/Radwegebeauftragter des LK KS aufgenommen). Insbesondere der Ausbau des R4 ist uns hier wichtig.</p> <p>Zudem setzen wir uns dafür ein, die Stadt in das Tarifsysteem Kassel plus des NVV aufgenommen wird (zumindest die Stadtteile Burghasungen/Oelshausen).</p> <p>Unsere Meinung zur Verkehrsberuhigung: 1. Adäquate Lärmschutzmaßnahmen an der BAB A 44 (hier die Verlängerung der Geschwindigkeitsbegrenzung in Burghasungen am Tag und in der Nacht, die Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage, Anbringung schallschluckender Leitplanken). 2. Geschwindigkeitsbegrenzung auf der B 251 im Bereich Oelshausen (70kmh). 3. Tempo 30 im Bereich der Kitas.</p> <p>Winterdienst: Wir werden uns dafür einsetzen, unnötigen Salzeinsatz im Winterdienst zu vermeiden. Gestreut werden sollte nur an Gefällstrecken und in Kreuzungsbereichen.</p>
CDU	<p>Zum Thema Radwege / Nahverkehr haben wir ja bereits einen Plan. Seit einigen Jahren kämpfen wir schon für ein vernünftiges Radwegenetz in und um Zierenberg. Es ist auch unser aktuelles Wahlkampfthema. Der „alte“ Bürgermeister hat unsere Anträge und die von den Ortsbeiräten leider alle im Sande verlaufen lassen. Des Weiteren werden wir versuchen, Zierenberg an das Kassel-PlusSystem anschließen zu lassen.</p>
FDP	<p>Der Radverkehr erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Hier muss auch die Kommunalpolitik reagieren und entsprechende Infrastruktur bereitstellen. Und ist dabei wichtig, dass einzelne Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden. Alle Verkehrsträger sollen entsprechend ihrer Stärken zum Einsatz kommen. Die Verbesserung der Radwege-Infrastruktur soll daher nicht mit einer</p>

	Schwächung der restlichen Verkehrsinfrastruktur einhergehen.
UFW	Auch bei den Verkehrsstrukturen stoßen Sie bei uns offene Türen ein. Wir fordern seit langem einen zweiten schienenunabhängigen Bahnübergang zur Entlastung der Altstadt, Wir haben seit langem weitere Radwegeverbindungen zwischen den Ortsteilen gefordert und hoffen, dass wir jetzt da ein Stück weiter kommen, mit dem öffentl. Nahverkehr sind wir in der Kernstadt und Oberelsungen mit der Regiotram gut aufgestellt, allerdings wäre eine bessere Anbindung von Oelshausen und Burghausungen auch an die Stadt Kassel wünschenswert, ist bisher aber an den zu hohen Kosten gescheitert.
Bündis90/Grüne	<p>Bezüglich der Mobilität blicken wir freudig in die Zukunft. Die Vernetzung der Stadtteile durch Radwege ist von allen gewollt und wird hoffentlich schnellstmöglich umgesetzt. Des Weiteren möchten wir in Kontakt mit dem NVV treten, um z.B. die Kapazitäten zur generellen Fahrradmitnahme in den Regiotrams oder die Taktung der Tram speziell für Oberelsungen zu erhöhen. Ein schnelles Pendeln zwischen den Stadtteilen ist aktuell ohne Auto kaum möglich. Damit die Verkehrswende auch auf dem Land funktionieren kann, müssen wir Alternativen schaffen, die es uns ermöglichen, unabhängiger vom Auto zu werden und uns nachhaltiger und klimafreundlicher zu bewegen. Dafür schlagen wir beispielsweise auch das Aufstellen von zahlreichen Mitfahrbänken vor.</p> <p>Auch der Ausbau der E-Mobilität ist entscheidend in der Verkehrswende, um die Ziele des Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung zu erreichen. Dafür setzen wir uns für die Aufstellung weiterer Ladesäulen ein.</p>
Ziele	<p>Zierenberg (Kernstadt) ist im Gegensatz zu den anderen Stadtteilen, nach unserer Einschätzung, sehr gut an den ÖPNV angebunden.</p> <p>Bei der Anbindung der Stadtteile, besonders Burghausungen und Oelshausen, besteht dringender Ausbaubedarf der Anbindungen. Hierzu müssen</p>

	<p>Verhandlungen mit dem NVV aufgenommen werden, auch in der Hinsicht, dass Gesamt-Zierenberg in das Gebiet Kassel-Plus aufgenommen wird.</p> <p>Die ÖPNV-Verbindungen (Buslinie) von Zierenberg (Kernstadt) zu den Stadtteilen Oelshausen und Burghausungen wurde in der Vergangenheit so gut wie nicht in Anspruch genommen. Für den innerstädtischen ÖPNV sollte man den Weg eines AST gehen.</p> <p>Der Radwegebau, besonders zwischen allen Stadtteilen, steht auf unserer Agenda. Zur Sicherung eines Radweges zwischen Oberelsungen und Zierenberg laufen aktuell die Planungen im Zusammenhang mit dem Bauantrag für eine Photovoltaikanlage.</p>
--	---

Energiewende

1. Durch die Umsetzung von Klimaschutz- und Energiesparprogrammen sehen wir ein Einsparpotenzial im Energieverbrauch. Wir fordern nachhaltige (LED) und artenschutzfachliche Beleuchtungskonzepte im Siedlungsraum und den öffentlichen Einrichtungen, gänzliche Umstellung auf Ökostrom. Wie stehen Sie zu den Vorschlägen und wie können diese umgesetzt werden?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Bereits in den 90'er Jahren gab es auf Betreiben der CDU-Fraktion eine städtische Richtlinie zur Förderung von Fotovoltaik und Solarthermie. Später wurde die Förderung eingestellt, da der Bund in großem Stile die Förderung übernahm. Zur Straßenbeleuchtung wurde danach ebenfalls durch die CDU der Einbau energiesparender Straßenbeleuchtung gefordert und umgesetzt. Nach unseren Infos sind in Zierenberg schon einige Lampen der nächsten Entwicklungsgeneration mit LED ausgestattet. Der Rest sollte natürlich auch noch folgen. Wir sollten uns schon Gedanken um ein Energiekonzept für Zierenberg machen, wo z.B. noch Einsparpotenzial ist. Ob Ladesäulen bei uns Sinn machen, und wie es bei uns mit der EMobilität aussieht, ist zu prüfen. Dies sollte in dem Konzept auch Berücksichtigung finden. Das Thema der Produktion von Ökostrom wird sehr kontrovers diskutiert, v.a im Kontext Energiewende/Windenergieanlagen versus Naturschutz. Unseres Wissens nach werden die öffentlichen Liegenschaften der Stadt mit Ökostrom</p>

	<p>versorgt. Dies sollte in dem Konzept auch Berücksichtigung finden.</p>
FDP	<p>Energiesparpotenziale in kommunalen Gebäuden und im öffentlichen Raum sollten genutzt werden. Bei der Wahl der Beleuchtung sollten auch Gesichtspunkte des Artenschutzes berücksichtigt werden.</p>
UFW	<p>Das sehen wir auch so, es wird in Zierenberg auch nach und nach umgesetzt, alles auf einmal ist leider nicht bezahlbar.</p>
Bündis90/Grüne	<p>Wir stehen den Vorschlägen grundsätzlich positiv entgegen. Um hier eine seriöse Aussage treffen zu können, benötigen wir Informationen über den derzeitigen Ausbau von Energiemaßnahmen im Siedlungsraum und den öffentlichen Einrichtungen. Danach müssten die größten Einsparpotentiale identifiziert werden und ein Maßnahmen- und Kostenplan erstellt werden. Danach sollte man die Maßnahmen des Klima- und Energiesparprogrammes priorisieren und konsequent umsetzen</p>
Ziele	<p>Anfang der 2000'er Jahre wurde die komplette Zierenberger Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen umgestellt. Beim Aufkommen der LED-Technik wurden Berechnungen durchgeführt, die ergaben, dass die hieraus noch entstehenden zusätzliche Einsparungen im Verhältnis zu den Kosten der kompletten Umrüstung, gering waren (selbst unter Berücksichtigung von Fördergeldern). Deshalb wurde entschieden, die Umstellung auf LED-Beleuchtung immer dann durchzuführen, wenn Lampenköpfe ausgetauscht werden müssen, bzw. neue Lampen gesetzt werden. Dies geschieht peu à peu jährlich.</p> <p>Mittlerweile sind schon ein Teil der Straßenbeleuchtung und auch die Beleuchtungen in den städtischen Gebäuden auf LED-Technik umgerüstet. Dies muss massiv weiter vorangetrieben werden. – Eine Umstellung auf regenerativ erzeugten Strom (Ökostrom) ist für uns selbstverständlich, dies werden wir nach der Wahl beantragen.</p> <p>Das Dorfgemeinschaftshaus Oelshausen ist mit Hilfe des KIP-Programms des Bundes im Jahre 2019</p>

	<p>komplett energetisch saniert worden (inkl. der kompletten Beleuchtung auf LED-Technik), im Bürgerhaus in Zierenberg sind die Fenster erneuert worden und im Freibad ist die komplette Pumpen- und Regelungstechnik aus Energieeinsparungsgründen erneuert worden. Ebenso ist eine erhebliche Energieeinsparung im Freibad durch die Photovoltaikanlage erreicht worden. Im neuen Kindergarten ist eine Heizanlage auf Grundlage der modernsten Wärmepumpentechnik geplant. Der dafür benötigte Strom soll über eine Photovoltaikanlage auf dem Kindergartendach erzeugt werden.</p> <p>Zur weiteren Einsparung von Heizenergie haben wir bereits auf unserer Homepage einen Ansatz unter dem Punkt „Digitalisierung – Smart Metering“ veröffentlicht.</p>
--	--

Natur- und Umweltbildung

1. Die Sensibilisierung für Themen des Natur-, Klima- und Umweltschutzes ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Die Schaffung und Förderung von Bildungsangeboten in Kita, Verwaltung, Bauhof und Politik ist daher wichtig. Wie würden Sie die Schaffung solcher Angebote unterstützen, in Anspruch nehmen und fördern?

Antworten:

SPD	<p>Das Thema ist bei uns aktuell, eine ehrliche Antwort kann wegen der aktuellen Corona-Situation nicht erfolgen. Ein Austausch ist bei uns dadurch nicht möglich.</p> <p>Die Umsetzbarkeit im Rahmen der politischen Willensbildung im Stadtparlament wird abstimmt und es werden dementsprechende Vorlagen erarbeitet.</p>
CDU	<p>Zunächst muss der ganze Themenkomplex differenziert werden. In Kitas und Schulen gehört es schon länger zum Bildungskanon. Hier ist aber zuständigkeithalber auf das Land Hessen zu verweisen. Zu den anderen Punkten: Damit die Themen auch angegangen und umgesetzt werden können, sollte der Zugang zu den Ortsbeiräten genutzt werden. Das Thema Naturschutz wird vor allen Dingen von den Ortsbeiräten aufgegriffen, weil diese wissen, wo in ihrem Ortsteil der Schuh drückt. Wir finden es bedauerlich, dass sich die zwei neuen Parteien („Zierenberger Liste“ und die „Grünen“) scheinbar dafür gering interessieren. Sie haben nur teilweise bzw. keine Kandidaten für die Ortsbeiratslisten aufgestellt.</p>
FDP	<p>In der Tat ist es eine große Herausforderung für Natur- und Umweltschutz zu sensibilisieren. KiTas und Grundschulen sollten deswegen standardmäßig den Besuch eines Bauernhofes zu bildungszwecken anbieten.</p>
UFW	<p>Hier wird bereits viel getan, vor allem auch in den Schulen mit Umweltprojekten und in den Kindergärten. Bildungsangebote in Verwaltungen,</p>

	<p>Bauhof und Politik halte ich nicht für zwingend notwendig, denn es wissen ja eigentlich alle, es hapert nur an der Umsetzung. Und das ändert man nicht durch Vorträge, sondern nur durch Verhaltensänderungen.</p>
Bündis90/Grüne	<p>Zur Sensibilisierung dieser Themenbereiche würden wir uns gerne aktiv einbringen und gemeinsam mit den jeweiligen Trägern (Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, Verwaltung) und in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden aus der Region die Kindergartenkinder, Schüler, städt. Mitarbeiter und Bürger:innen informieren und Themen- und Aktionstage begleiten (z.B. Projektwochen/Informationstage, Müll-Sammelaktionen, Umweltmesse im Bürgerhaus, usw.).</p>
Ziele	<p>Wir werden fordern, dass diese Themen in die Schulungsplanungen für alle städtischen Mitarbeiter aufgenommen werden. – Ebenso halten wir Schulungen diesbezüglich für die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker für erforderlich.</p>

Waldnaturschutz

1. Die Umsetzung von Natur- und Klimaschutz in unseren Waldgebieten sollte durch eine naturgemäße Waldwirtschaft erfolgen. Eine FSC-Zertifizierung, Erhalt von Altholzinseln, Ausweisung von Naturwaldgebieten, Pflanzen von vielfältigen Laubholzwäldern mit Edellaubhölzern, Öko-Jagd und Wildtiermanagement auf kommunalen Flächen wären hierfür Ansätze. Wie stehen sie zu diesem Thema, welche Vorschläge gibt es von Ihnen hierzu?

Antworten:

SPD	<p>Der Wald ist mehr als nur ein Holzlieferant. Unser Wald ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Sauerstoffproduzent, Erholungsort, Lawinen- und Murenschutz, Wasserspeicher, Jagdrevier, Luftfilter und nicht zuletzt wirkt der Wald auf unser Mikroklima ein.</p> <p>In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass der Klimawandel auch nicht vor unseren Wäldern Halt macht. Jahre mit viel zu wenig Niederschlägen haben einem unserer wichtigsten Baumarten, der Fichte, den Garaus gemacht. Die Fichte als Brotbaum der Waldbesitzer bekannt, kann mit ihren flachen Wurzeln dem Trockenstress nicht mehr standhalten. Großflächig ist sie in den vergangenen Jahren abgestorben. Noch gesunde Fichten werden geschwächt und so schnell zur Beute für den Borkenkäfer. Was dieser nicht schafft, erledigen letztendlich Herbst- und Winterstürme.</p> <p>Waldwirtschaft ist Generationenwirtschaft. Unseren Wald so aufzustellen, dass dieser seine Aufgaben weiter erfüllen kann, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Ziel muss sein, aus unserem Wald einen Dauerwald zu entwickeln. Dieser Waldtypus kommt unseren natürlichen Wäldern nah. In ihm ist die Biodiversität am ausgeprägtesten. Es ist an der Zeit Waldwirtschaft neu zu denken. Nicht nur die Erträge durch den Holzverkauf durch die Anpflanzung klimaresistenter Baumarten müssen zukünftig wichtig sein. Es kann nicht sein, dass nicht</p>
-----	---

standortgerechte Fichtenmonokulturen durch Douglasienplantagen ersetzt werden, die zwar mit steigenden Durchschnittstemperaturen besser zurechtkommen, jedoch nur wenig mit einem Dauerwald zu tun haben.

Moderne Waldwirtschaft muss naturgemäß sein. Die Bewirtschaftung möglichst vieler Abteilungen im Wald (und damit verbunden ein größeres Angebot an Edellaubholz), das Anlegen von vernetzten Waldbiotopen, der Verzicht auf Kahlschläge, das rigorose Bejagen zu großer Schalenwildbestände, ein ungleichaltriger Waldaufbau, die Schaffung natürlicher Waldränder und die Auswahl kleinräumig erfasster Bedingungen für die jeweiligen optimalen Standorte zur Aufforstungen mit heimischen Baumarten (z.B. Rotbuchen, Traubeneichen, Wildobst, Els- und Vogelbeeren, Bergulmen, Berg- und Spitzahorn usw.) führen zu einem nachhaltigen, zukunftsorientierten Wald. Durch einen solchen Wald lässt sich in Zukunft auch wirtschaftlich eine merkbare Verbesserung für die Stadt als Waldbesitzer ableiten. Es kann präziser auf Nachfragen der Holzverarbeitenden Industrie eingegangen werden, indem ein starkes Angebot verschiedenster Baumarten zur jeweiligen Verarbeitung vorgehalten werden kann. Wünschenswert wäre eine enge wissenschaftliche Begleitung zum Beispiel durch die Universität Göttingen.

Unabdingbar damit verbunden ist auch eine sensible Wasserpolitik. Wasser ist Allgemeingut, wirtschaftliche Interessen dürfen nicht ausschließlich entscheidend sein. Der Wald als größter Wasserspeicher muss auf die Herausforderungen einer sich ändernden Umwelt bestmöglich vorbereitet werden. Gerade die großflächig am Bärenberg abgestorbenen Fichtenbestände bewirken eine empfindliche Störung des Wasserhaushaltes am Wasserberg Bärenberg.

Die Stadt Zierenberg besitzt ca. 1250 Hektar Stadtwald. Nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ können wir einen aktiven Beitrag zur

	Zukunftssicherung unseres Waldes leisten, indem wir in Zukunft unseren Wald nach Kriterien der naturgemäßen Waldwirtschaft bewirtschaften
CDU	Die Trockenheit und Stürme in den vergangenen Jahren haben unserem Wald in Zierenberg stark zugesetzt. Im Rahmen der Wiederaufforstung werden die o.g. Maßnahmen seit Jahren bereits eingesetzt. Wir sehen allerdings auch, dass Waldnaturschutz und Windkraftanlagen sich eigentlich ausschließen. Im Bezug auf Jagd wird ebenfalls seit Jahren ein Konsens zwischen Forst und Jagd erreicht.
FDP	Der Stadtwald wird unseres Wissens bereits nach PEFC bewirtschaftet. Bei der Jagdpolitik stehen wir zu dem Grundsatz „Wald mit Wild“.
UFW	Diese Zertifizierung gibt es bereits seit ca. 10 Jahren
Bündis90/Grüne	Grundsätzlich unterstützen wir jegliche Maßnahmen die zum Umwelt- und Klimaschutz in den Waldgebieten beitragen. Allerdings fehlt uns hier die notwendige Transparenz und das Wissen um eine seriöse Antwort zu geben. Wieviel kommunaler Wald gehört zu Zierenberg? Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt? Welche Maßnahmen sind bereits in Planung? Besteht bereits enge Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Förstern? Wir lernen gerne in diesem Themengebiet dazu und freuen uns auf konstruktiven Austausch
Ziele	Der Stadtwald Zierenberg ist seit über anderthalb Jahrzehnten nach PEFC zertifiziert. Dadurch ist eine nachhaltige Bewirtschaftung abgesichert. Das Land Hessen strebt für alle Staatswälder die Zertifizierung nach FSC an. – Es ist zu prüfen und zu überlegen sich dem anzuschließen. - Aber auch die PEFC verlangt, dass Totholz und Höhlenbäume in angemessenem Umfang erhalten werden. Einige Gebiete des Stadtwaldes sind schon aus der Bewirtschaftung genommen, weitere sollen folgen, dies unterstützen wir. Die Forsteinrichtung ist 2015 für weitere zehn Jahre verlängert worden. Der größte Mangel, der bei der Zertifizierung aufgetreten ist, der uns auch das Zertifikat kosten kann, wenn wir hier nichts tun, ist

der Verbiss durch das Wild und damit die unzureichende Naturverjüngung.

Im Zierenberger Stadtwald sind grundsätzlich sehr gute Bedingungen für die Naturverjüngung mit Edellaubhölzern gegeben, doch leider herrscht durch das Wild ein sehr hoher Verbiss, sodass am Ende bei der Naturverjüngung in der Regel fast nur die Buche übrig bleibt. Dies wird belegt durch „kleine“ Vergatterungen, in denen die Edellaubbäume sehr gut nachwachsen. Eine Vergatterung aller Naturverjüngungsflächen ist nicht finanzierbar. Deshalb muss dringend etwas in Bezug auf die Jagd verändert werden. Ein städtisches Wildtiermanagement ist ein Ansatz, den wir unterstützen. Hier müssen aber Gespräche mit den Jagdgenossenschaften erfolgen, die langfristige Jagdpachtverträge abgeschlossen haben.